

erschient
an allen Verlagen.

Bezugspreis monatl. Blotz
bei der Geschäftsstelle 3.50
in den Ausgabestellen 3.70
durch Zeitungsboten 3.80
durch die Post 3.50
auschl. Postgebühren
ins Ausland 6 Blotz
in deutscher Währg. 5 R.-M.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Nr.: Tageblatt Posen.

mit illustrierter Beilage 20 Gr.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Postfachkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Beitzelle (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im
(Anzeigenteil 15 Groschen
Reklameteil 45 Groschen.)

Sonderplatz 50% mehr. Reklametextzeile (30 mm breit) 135 gr.



Das Konkordat.

Das Konkordat, das zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen abgeschlossen worden ist und dessen Bedingungen nun endlich bekannt gegeben wurden, ist für das gesamte Staatswesen Polens von der höchsten Wichtigkeit. Es ist nun allerdings auffallend, daß eine Reihe sehr einschneidender Fragen im Konkordat ganz unberücksichtigt geblieben sind, so vor allem die des Erbschafts. Es bestehen in Polen, ebenso wie in allen anderen Rechtsfragen, die Normen der Gesetze, die in den einzelnen Teilgebieten, vor der Wiedergeburt Polens gültig waren. Im ehemals russischen und österreichischen Teil also gilt nach wie vor lediglich die kirchliche Trauung, im ehemaligen preussischen Teilgebiet die Zivilehe. Während nun die einzelnen Diözesen, entsprechend der politischen Verwaltungseinteilung, ganz neu abgegrenzt wurden, blieb beim Erbschaftsrecht alles beim Alten. Überschleffen ist nun zum Erzbistum Krakau geschlagen worden, wie denn überhaupt der Grundsat durchgeföhrt wurde, daß kein Bischof, der seinen Sitz im Ausland hat, irgend welche Befugnisse in Polen ausüben darf. Hiermit wird ein bereits bestehender Zustand bestätigt, denn Überschleffen hatte schon nach der Abtrennung seinen eigenen Administrator und Prälaten erhalten.

Ein recht wichtiges Zugeständnis hat Polen, das, so viel wir wissen, das Recht anstrebt, Erzbischöfe und Bischöfe zu ernennen, erhalten. Die Ernennung erfolgt zwar durch den Heiligen Stuhl, aber zuvor muß die Zustimmung des Präsidenten für die getroffene Wahl eingeholt werden. Eine wichtige Bestimmung ist die, daß in allen öffentlichen Schulen ausnahmslos Religionsunterricht erteilt werden muß. Die staatliche Behörde ernannt zwar die Lehrer, aber die Auswahl muß unter den Lehrern getroffen werden, denen die Lehrbefugnis von den Ordinariaten zugesprochen worden ist. Dann werden sehr ausführliche Bestimmungen über die rechtliche Stellung der Kirche getroffen. Dies ist insofern von Bedeutung, als sie der Geistlichkeit bezüglich ihres Besitzes die Eigenschaft einer juristischen Person zuerkennt, also sie in die Lage versetzt, Besitz zu unterhalten, zu verkaufen und anzukaufen. Eine große Erleichterung für den polnischen Staat, aber auch ein Zeichen der Opferwilligkeit der Geistlichkeit ist es, daß der Kirchenbesitz genau so wie der private Besitz zur Steuerleistung herangezogen werden soll. Ausdrücklich ist die Unberührbarkeit der Kirchen, Kapellen, Klöster, Kirchhöfe usw. zugesichert. Bei dem direkt zur Kirche gehörenden Besitz darf eine Änderung nur mit Zustimmung der geistlichen Behörden vorgenommen werden, es sei denn, daß Enteignungen zur Anlage von Verkehrswegen, Flüssen oder zu Verteidigungszwecken nötig sind. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die polnische Geistlichkeit einen weitgehenden Patriotismus gezeigt hat und freiwillig sich der Parteilichkeit unterwirft. Die entsprechenden Bestimmungen sind in das Konkordat übergegangen. Wie dies auch die Regierung in ihrem allgemeinen Gesetzentwurf vorschlägt, so wird als Maximum für den freibleibenden Besitz ein Gelände von 160 Hektar bestimmt, für die Pfarreien sogar nur 15 bis 30 Hektar. Dagegen erhalten Bischöfe, Pfarreien wieder eine Aufzählung bis zu 180 bzw. 15 und 30 Hektar aus dem kirchlichen Besitz, der der Kirche seiner Zeit von Österreich, Deutschland und Rußland abgenommen wurde, und dann in die Hände des polnischen Staates übergegangen ist. Im übrigen wird die Liste der Besoldungen geregelt, die dann in einem Anhang dem Konkordat beigelegt ist.

Mit dem Konkordat hat sich der Staat noch ein Mittel verschafft, um sich unliebsamer Geistlicher zu entledigen. Die Kirche hat das Recht, Einkünfte aus Pfarreien zu vergeben. Diese dürfen aber nicht an fremdländische, nicht-naturalisierte Geistliche, noch an solche Personen gegeben werden, deren Tätigkeit gegen den polnischen Staat gerichtet ist. Leider hat die Erfahrung gelehrt, was alles als eine gegen den Staat gerichtete Tätigkeit angesehen werden kann. Namentlich deutschstämmige Geistliche können hiervon ein nicht immer wohlklingendes Lied singen. Den Behörden ist es nach den Bestimmungen des Konkordats vorbehalten, diese mißliebigen Geistlichen zu bezeichnen. Ein noch weiteres Mittel besteht darin, daß den Behörden ausdrücklich die Pflicht auferlegt wird, destituierten Geistlichen die kirchlichen Benefizien zu untersagen und ihnen nötigenfalls das Tragen des kirchlichen Kleides zu verbieten.

Es wurde in erster Lesung das Parteilichungsgesetz behandelt. Wir können uns kurz fassen, denn das Gesetz wird nun an die Kommission gehen, in der es dann in aller Länge und Breite behandelt werden wird. Die letzte Diskussion stieß daher nur ein Vorgeplänkel dar, in dem, wie zu erwarten war, zunächst der Wyzwolenieabgeordnete Poniatowski das Wort ergriff. Er warf dem Regierungsentwurf vor, daß er veräume, die Verstaatlichung der Wälder und Wasser auszusprechen. Von der freiwilligen Parteilichung durch die Besitzer hält er nicht viel. Im übrigen meint er, daß der Staat zu viel Geld für die

Parteilichung aufwenden wolle. Es gäbe billigere Mittel der Finanzierung. Diese von der Witospartei bedauert wieder, daß 600 000 Hektar Land, das zu industriellen Zwecken dient, von der Parteilichung befreit bleibt und daß den Landarbeitern, die Land nicht erhalten, eine Entschädigung von 500 Blotz anzubehalten werden soll, was dem Staat 50 Millionen koste. Der kommunistisch gewordene frühere Wyzwoleniemann Wojwodzke bedauert,

daß man nicht enteignen könne, ohne einen Pfennig zu bezahlen, während der Sozialist Kwapiński, dessen Ansichten sich denen Poniatowskis nähern, glücklicherweise doch auf dem Standpunkt steht, daß man für die Enteignung zahlen müsse. Stroński erkennt natürlich auch das Recht des Eigentums an, für das bei einer Enteignung bezahlt werden muß. Der Entwurf geht, wie bereits gesagt, an die Kommission.

Die gleiche Klage überall.

Ein deutsches Mitglied des schlesischen Sejm über die Schule. — Ein Vergleich zwischen früher und heute. — Die Lage der polnischen Schule.

Der Abg. Otto Ullrich, der dem Schlesischen Sejm angehört, veröffentlicht in der ober-schlesischen Presse einen Artikel, der sich mit dem Volksschulwesen im ober-schlesischen Teile der Wojewodschaft im Schuljahre 1923/24 befaßt. Der Artikel gibt ein charakteristisches Bild von dem Schulwesen in Polen, denn die beinahe gleichen Klagen kommen aus allen Teilen unseres Landes, mit dem Unterschied, daß sie in anderen Teilen zum Teil noch schlimmer sind, wie die vielen Schulinderpensationen und Klagen im Sejm beweisen. Auch Oberschlesien klagt. Wir bringen diesen Artikel des ober-schlesischen Abgeordneten im Wortlaut:

Die Schlesische Wojewodschaft hat Anfang Februar 1925 der Schulkommission des Schlesischen Sejm einen Bericht über das Volksschulwesen in der Wojewodschaft Schlesien für das Jahr 1923/24 vorgelegt, der das Interesse der breitesten Öffentlichkeit verdient.

Das Schuljahr 1923/24 umfaßt die Zeit vom 1. September 1923 bis zum 1. September 1924. Es wurde zum Ausbau der Schule in organisatorischer und pädagogischer Hinsicht benutzt. Die Schlesische oberste Schulbehörde ist die Abteilung für das Schulwesen bei der Wojewodschaft. Der Abteilung sind drei Inspektoren (Schulräte) und 14 Kreisschulräte unterstellt, die das Volksschulwesen zu überwachen haben.

Insgesamt bestanden in der Vorzeit 501 Volksschulen, darunter 45 deutsche. 20 Schulen von der Gesamtzahl waren Knabenschulen, 20 Mädchenschulen, die restlichen 461 waren Koedukationschulen.

Die Zahl der Volksschüler betrug 178 362 und zwar 89 789 Knaben und 88 573 Mädchen. Von der Gesamtschülerzahl waren 13 622 deutsche Kinder, davon 6498 Knaben und 7129 Mädchen. Das Verhältnis der polnischen Schülerzahl zur deutschen war: 92,5 Prozent polnische, 7,5 Prozent deutsche Kinder. Auf dieses Verhältnis kommen wir noch zurück.

Im Schuldienste wurden insgesamt 2878 Lehrkräfte beschäftigt und zwar 1339 männliche und 1538 weibliche Lehrer. Von den 2878 Lehrkräften waren 278 Angehörige der deutschen Minderheit, davon 142 männlich, 136 weiblich. Von den 2800 polnischen Lehrkräften waren 1197 männlich, 1403 weiblich.

Eine volle Qualifikation als Lehrer besaßen 1038 Lehrpersonen, darunter 278 deutsche. 1250 Lehrpersonen waren provisorisch angestellt, der Rest von 587 Lehrpersonen hatte keinerlei Qualifikation. Von den insgesamt 2600 Lehrkräften polnischer Nationalität waren also nicht voll qualifiziert (provisorisch) 48 Prozent, ohne Qualifikation 22,6 Prozent. Insgesamt beträgt der Prozentsatz der polnischen Lehrkräfte ohne volle Lehrerbildung 70,6 Prozent der Lehrerschaft.

Der Bericht gibt an, daß rund 100 Lehrer und Lehrerinnen wegen unangebrachten Verhaltens oder gewissenloser Pflichterfüllung entlassen werden mußten. Er hebt hervor, daß die Zahl der zur Qualifikationsprüfung sich meldenden provisorischen Lehrer im Verhältnis zu ihrer großen Anzahl sehr klein ist. Eine Besserung der Verhältnisse in der Lehrerschaft wird angestrebt durch die Anwendung der preussischen Schulbestimmungen, daß die Lehrerschaft sich für den Unterricht vorbereitet, und durch Visitation der Schulen. Zur Ergänzung der Ausbildung der nichtqualifizierten Lehrkräfte sind Ferienkurse und Prüfungskommissionen eingerichtet worden. Die Schulabteilung hofft durch diese Maßnahmen und durch die sorgfältige Auslese der anzustellenden Lehrer die Verhältnisse zu bessern.

Unter den Zuständen in der Lehrerschaft haben auch die Unterrichtsergebnisse gelitten. Besonders infolge der mangelhaften methodischen Erfahrung der jungen Lehrerschaft und wegen des Mangels an Schulleitern, die zur Erziehung der jungen Lehrer geeignet wären. Dieser Mangel wurde durch zahlreiche Lehrerkonferenzen und durch die Einführung von Lehrproben bei diesen Konferenzen zu beseitigen versucht. Die Kreisschulinspektoren haben 50 Prozent der Schulen besucht. Drei Inspektoren

(Schulräte) haben insgesamt 193 Schulen einer Besichtigung unterzogen.

Wenn man die Volksschulverhältnisse vor der Abtrennung des Gebiets zum Vergleich heranzieht, so ergibt sich ein geradezu erschreckendes Bild des Rückganges in dieser für die Volksschulbildung wichtigsten Einrichtung. In den polnischen Schulen haben nach dem Berichte nur 29,4 Prozent der Lehrkräfte die erforderliche Vorbildung. Die übrigen 70,6 sind nicht genügend ausgebildete Kräfte, die die Jugend erziehen sollen, ohne selbst im Besitze einer gründlichen Ausbildung zu sein. Es darf nicht verkannt werden, daß die Schaffung der polnischen Schule in dem dichtbesiedelten Gebiete eine schwierige Aufgabe ist. Die polnische Schule mußte gänzlich neu aufgebaut werden. Die Wojewodschaft hatte aber die Pflicht, das polnische Schulwesen auf eine Stufe zu stellen, die annähernd den Stand des ehemals preussischen Schulwesens erreicht. Sie war verpflichtet dazu verpflichtet, weil die Erziehung der Jugend durch den Krieg und durch die Plebiszitszeit, insbesondere durch die Aufstände außerordentlich schwer gelitten hat. Wir müssen der Wojewodschaft den Vorwurf machen, daß sie an den Aufbau der polnischen Schule nicht gründlich genug herangegangen ist. In einem Gebiete, dessen polnische Bevölkerung die hochpolnische Sprache nicht beherrscht, mußten durchweg nicht nur hochqualifizierte, sondern besonders hochwertige und erfahrene Lehrkräfte eingesetzt werden. Dies unterblieben ist, ist im Interesse der Erziehung unserer polnischen Jugend auf das tiefste zu beklagen. Die mehr als unbefriedigende Lage des polnischen Volksschulwesens wird auch von einsichtigen Abgeordneten polnischer Nationalität offen anerkannt, und es ist anzunehmen, daß gerade sie sich sehr stark für die unverzügliche Verbesserung dieses Schulwesens einsetzen werden. Die Vertreter der deutschen Minderheit werden selbstverständlich sich für die Durchführung einer wirklich leistungsfähigen polnischen Volksschule einsetzen, weil jeder Staatsbürger bemüht sein muß, das Volksschulbildungsniveau auf eine möglichst hohe Stufe zu heben. Wenn die Verbesserung des Volksschulwesens nicht sofort und mit wirksamsten Mitteln in Angriff genommen wird, dann wird unsere Bevölkerung noch weiter unter das früher erreichte Niveau herabsinken, als es schon der Fall ist.

Das Minderheitenschulwesen kommt in dem Bericht nur sehr kurz vor. Er wirft aber ein großes Schlaglicht auf diese Verhältnisse, die wir im Rahmen dieses Aufsatzes nur streifen. Der Bericht gibt die Zahl der deutschen Kinder nach dem Stande vom 1. Dezember 1923 mit 13 622 an. Nach einem anderen Berichte der Wojewodschaft war am 1. Oktober 1924 die deutsche Volksschülerzahl 17 885. Daraus ergibt sich, daß mehr als 4000 Kinder im Jahre 1923/24 entgegen den Bestimmungen des Genfer Abkommens der deutschen Schule beraubt waren. Es ist absurd, daß insgesamt nur 7,5 Prozent der Schülerzahl zur deutschen Minderheit gehören sollen, während sonst der Bestand der deutschen Minderheit mit rund 30 Prozent der Bevölkerung anerkannt wird. Schon daraus ergibt sich, in welchem Umfange die Ansprüche der deutschen Minderheit in Bezug auf ihr Schulwesen unerfüllt geblieben sind. Interessant ist auch die Feststellung, daß in den deutschen Schulen die Zahl der weiblichen Schüler überwiegt. Das läßt den Schluss zu, daß männlichen Schülern der Besuch der Minderheitsschule noch mehr erwünscht wird als Mädchen. Die brennende Frage der Minderheitsschule wird in der allernächsten Zeit den Schlesischen Sejm beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit wird sie bis ins Einzelne behandelt werden.

Im Gegensatz zu der Auffassung der Wojewodschaft können wir in der Entwicklung des Volksschulwesens nicht das geringste Befriedigende, sondern lediglich den rapiden Sturz von der früher erreichten Höhe feststellen.

Die polnischen Optanten in Deutschland.

Wolffs Telegraphenbureau meldet: „Berichte der polnischen Presse und Mitteilungen, die von den Konsulaten in Polen einlaufen, bestätigen die Tatsache, daß die polnische Regierung und deren ausführende Behörden, laut Artikel 12 des § 2 des deutsch-polnischen Abkommens vom 30. August 1924, den noch in Polen lebenden Optanten die Erinnerung haben gehen lassen, daß sie das polnische Staatsgebiet innerhalb der vertraglich festgesetzten Fristen zu verlassen haben. Von untergeordneten polnischen Stellen ist hierbei in einer Reihe von Fällen angedeutet worden, die polnische Regierung mache von ihrem Rechte, die Abwanderung der deutschen Optanten zu verlangen, nur aus dem Grunde Gebrauch, weil die deutsche Regierung bereits polnische Optanten ausgewiesen habe.“

Demgegenüber ist festzustellen, daß auf Seiten der deutschen Regierung von vornherein die Absicht bestand, ihr Verhalten gegenüber den polnischen Optanten in

Deutschland von den Maßnahmen der polnischen Regierung abhängig zu machen. Bekanntlich befolgt die deutsche Regierung genau dasselbe Recht, die polnischen Optanten aus Deutschland zur Abwanderung aufzufordern, wie es der polnischen Regierung den deutschen Optanten gegenüber zusteht. Die Tatsache, daß die deutsche Regierung sich ganz nach den Maßnahmen der polnischen Regierung zu richten gedenkt, ist bereits dem Regierungsgesandten in Warschau im Januar d. J. mitgeteilt worden. Bisher war noch keinem einzigen polnischen Optanten in Deutschland die Aufforderung zugegangen, das deutsche Reichsgebiet zu verlassen. Nachdem jedoch die polnischen Behörden mit den Aufforderungen begonnen haben, ist auch an die Behörden in Deutschland die Aufforderung zu gehen zu lassen innerhalb der vertraglichen Fristen das Gebiet des Deutschen Reiches zu verlassen.

Dabei wird ausdrücklich mitgeteilt werden, daß die deutsche Regierung nur aus dem Grunde davon Gebrauch macht, weil den deutschen Optanten in Polen diese Aufforderung bereits zugegangen ist.“

Das deutsch-polnische Schiedsgericht in Paris.

Verhandlungsstragen.

Warschau, 28. Februar. Nach einer Meldung aus Paris haben dort vor dem Gemischten deutsch-polnischen Schiedsgericht am 20. Februar die Verhandlungen über die Angelegenheit der aus Polen vertriebenen Domänenpächter, sowie über die Rechtslage der deutschen Ansiedler in Polen, deren Pachtverträge und Eigentumsakte durch die polnische Regierung nicht anerkannt wurden, begonnen. Die deutsche Klage umfasst zunächst 100 verschiedene typische Fälle, deren Entscheidung für die verwandten Streitfragen präjudizierend wirken dürfte. Ferner wird am 26. Februar über die vom Rechtsanwalt Kuffer-Berlin beantragten einstweiligen Verfügungen in Sachen der Deutschen Frauenvereine in Polen verhandelt, dahingehend, daß keine Veränderung des Sachverhalts in Polen erfolgen dürfe.

Das Tribunal des Pariser gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichts setzt sich aus folgenden Herren zusammen:

1. Präsident Robert Guex, Professor des Handelsrechts an der Universität Genf, als neutraler Vorsitzender;
2. Dr. Kamikiewicz, Professor des Handelsrechts an der Universität in Warschau, als Delegierter der Republik Polen
3. der frühere deutsche Justizminister Seinae, als Vertreter des Deutschen Reichs.

Außerdem wurden zwei außerordentliche Beisitzer, und zwar von polnischer Seite Tadeusz Sobolewski, von deutscher Seite Lenhardt, dem Tribunal beigegeben. Sekretäre sind von polnischer Seite Dr. Lebiński, von deutscher Seite Dr. Dandelmann.

Die Vertretung der deutschen Thesen haben Professor Erich Kaufmann-Bonn und die Rechtsanwältin Dr. Bloch-Frankfurt, Dr. Kuffer-Berlin, Dr. von Buehl-Berlin und der französische Advokat und Professor des öffentlichen Rechts an der Pariser Sorbonne, Brunet, übernommen. Letzterer wird die zur Verhandlung stehenden Fragen vom Gesichtspunkt des internationalen Rechts aus behandeln.

Am Sonntag nahm zunächst der polnische Beisitzer Tadeusz Sobolewski das Wort, um den Standpunkt der polnischen Regierung bekanntzugeben.

Die Bedingungen sind schwerer.

Die deutsche „Agitation“ ist schuld.

Das Finanzministerium teilte mit: Die zweimonatigen Verhandlungen mit dem Konsortium Dillon Read and Company über die polnische Staatsanleihe in Amerika sind durch eine günstige Unterzeichnung des Anleihevertrages für die Summe von 50 Millionen Dollar seitens des polnischen Gefandten in Washington im Namen der polnischen Regierung beendet worden. Die Realisierung dieser Anleihe wird in zwei Raten stattfinden. Die Subskription der ersten Rate in Höhe von 35 Millionen Dollar wurde am Montag, dem 16. d. Mts., bekanntgegeben. Die übrigen 15 Millionen Dollar sind auf Grund einer Verständigung der polnischen Regierung mit dem Konsortium für eine spätere Subskription, nicht später jedoch als bis zum 1. August dieses Jahres, bestimmt worden. Die polnische Regierung gibt die Staatsobligationen heraus, die im Wege der Auslösung in halbjährlichen Raten im Verlauf von 25 Jahren amortisiert werden. Der Zinssatz der Obligationen beträgt 8 Prozent. Die am Montag bekanntgegebene Subskription zum Kurse von 95 für 100 ergab günstige Resultate. Die New Yorker Börse notiert die neuen Obligationen mit 95½.

Der allgemeinen Bedeutung der Auslandsanleihe und der Rolle, die sie im Wirtschaftsleben spielen kann, widmeten wir bereits einen besonderen Artikel in einer der Januarnummern des „Kurzer Voran“. Wir betonten damals besonders ihren psychologischen Einfluß, also die Zunahme an Vertrauen in die Festigkeit unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, sowie die direkten Folgen in der Gestalt des Zustroms von Auslandskapitalien, des Niedergangs der Prozentkurse auf dem Privatmarkt, die Steigerung der staatlichen und privaten Investitionstätigkeit, sowie der damit verbundenen Tätigkeit der Erweiterung des Fassungsvermögens des Binnenmarktes für Industrieerzeugnisse. Den vorliegenden Artikel widmen wir ausschließlich der Besprechung der Bedingungen, auf denen die Anleihe zustande kam, wobei wir uns zwecks Veranschaulichung ihrer Qualität der Vergleichsmethode bedienen werden. Zum Vergleich ziehen wir die belgische Anleihe heran. Die Belgier haben diese Anleihe für 30 Jahre in zwei Raten aufgenommen. Die erste in Höhe von 50 Millionen Dollar ist im Laufe einer halben Stunde nach der Eröffnung Ende 1924 gedeckt worden. Die zweite soll in derselben Höhe im Laufe des Jahres 1925 gedeckt werden. Die Prozentkurse auf 6 Prozent festgesetzt worden, die Emissionskurse auf 87½. Die Anleihe wird zum Kurse 100 abgezahlt. In der Gesamtaufstellung ergibt dies ungefähr 7 Prozent jährlich.

Polen hat, wie es scheint, die Anleihe auch in zwei Raten aufgenommen, wenigstens aber aufnehmen wollen, wobei die erste Rate in Höhe von 35 Millionen Dollar im Laufe einiger Vormittagsstunden gedeckt wurde. Die Höhe der Prozentkurse der polnischen Anleihe ist auf 8,53 Prozent festgesetzt worden, die Emissionskurse auf 95. Die Anleihe soll zum Kurse von 105 abgezahlt werden. In der Gesamtaufstellung ergibt dies ungefähr 9 Prozent jährlich.

Wie aus dieser Aufstellung zu ersehen ist, sind die Bedingungen der polnischen Anleihe viel weniger günstig als die Bedingungen, die die Belgier erlangten. Besondere Aufmerksamkeit lenkt der Unterschied in der Höhe der Prozentkurse auf sich. Freilich ist andererseits die Emissionskurse der polnischen Anleihe günstiger als die belgische, aber das gleicht nur in schwachem Maße die Verschiedenheiten der Verzinsung selbst aus. Geringere Bedeutung besitzt die Verpflichtung der Abzahlung der Anleihe nach dem Kurse 105. Eine ähnliche Verpflichtung hat übrigens Frankreich und eine Reihe anderer Staaten auf sich genommen. Zusammenfassend kann man schließlich feststellen, daß:

1. Belgien weniger in die Hand bekommen hat, aber auch weniger in der Laufzeit der Anleihe zahlen wird;
2. Polen mehr in die Hand bekommen hat, aber bei größeren Jahreszahlungen und mit der Verpflichtung, eine größere Summe, als die belgische, zurückzuerhalten.

Man muß übrigens objektiv feststellen, daß die von Polen erlangten Bedingungen nicht nur schlechter sind als die, die den Belgiern gewährt wurden, sondern daß sie, wenn wir die Frage der sogenannten Garantien außer acht lassen, schlimmer sind als die, die allen anderen Staaten gewährt wurden, die in den Vereinigten Staaten 1924 und 1925 besorgt haben. Das veranschaulicht folgender Vergleich der Verzinsungshöhe, die nach Berücksichtigung der Zinsgewinne aus der niedrigeren Emissionskurse und dgl. folgendermaßen ausfällt:

Rand:	Emissionsdatum:	Allgem. durchschn. Verzinsungshöhe:
1. Japan	1924/II	7,10 Proz.
2. Tschechoslowakei	1924/V	8,30 „
3. Ungarn	1924/VII	8,35 „
4. Deutschland	1924/X	7,70 „
5. Frankreich	1924/XII	7,52 „
6. Belgien	1924/XII	7,00 „
7. Polen	1925/II	9,00 „

Diese Tatsache ist um so charakteristischer, als sich diese Höhe der Verzinsung der amerikanischen Anleihe bei allgem.

fallender Tendenz der Prozentkurse bei Anleihen, die dem Auslandes gewährt wurden, vollzog.

Wo sind die Ursachen dieser gewissen Sinteranhebung Polens zu suchen? Tragen die zu diesen Verhandlungen delegierten Beamten die Schuld? Wir denken nicht.

Es geschah zweifellos schlecht, daß die Tatsache der Führung von Verhandlungen und die in ihrem Verlauf aufgestellten Bedingungen mit Verschulden der Regierung vor der endgültigen Verständigung zur öffentlichen Kenntnis gelangte. Das band der polnischen Delegation die Hände, die mit der in der Bevölkerung geschaffenen Überzeugung von der günstigen Erledigung der Angelegenheit rechnen mußte, und erleichterte damit die Stellung der anderen Partei. Die Hauptsache für die schlechteren Bedingungen, die Polen erlangte, war zweifellos die deutsche Agitation (!), die im Laufe der Verhandlungen den Amerikanern den angeblich vom Gesichtspunkt des Finanzkapitals beunruhigenden Charakter der polnischen Probleme, die mit der geographischen Lage und der Gestaltung der Grenzen unseres Landes verbunden sind, eintredete. (Natürlich! Red. des Pos. Tagebl.)

Vogelfrei?

Im „Robotnik“ ist zu lesen:

„In Bissa erscheint eine kleine radikale Zeitung unter dem Titel „Kurzer Voran“, deren Schriftleiter, Stanislaw Migdalewicz, wie überhaupt das Blatt wegen seiner Richtung häufigen Verfolgungen ausgesetzt ist. Trotzdem hat sich dieses Blatt bisher wader behauptet.“

Um dieses Blatt endgültig mundtot zu machen, verfiel man auf einen geradezu teuflischen Gedanken. Ganz plötzlich erhielt nämlich die Gattin des Schriftleiters, Frau Migdalewicz, folgendes amtliche Schreiben:

Polizeiamt Bissa, den 3. Febr. 1925.
L. dz. 586, II. 25.

An Frau Marie Migdalewicz.

Gemäß § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung wird hiermit die Unterbringung Ihres Gatten Stanislaw Migdalewicz in einer Anstalt für Geisteskrante unter Ihrer (! Die Schriftl.) Fürsorge angeordnet als eines für die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährlichen Menschen auf Grund des § 10, Abs. 17, Teil II des allgemeinen Landrechts in Verbindung mit § 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 mit der Androhung sofortiger zwanngewaltiger Überführung des Kranken gemäß § 132, Abs. 1 und 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung durch Polizeibehörden.

Das Polizeiamt.

(—) Komarski, erster Leiter.

Es sei hierzu gesagt, daß Herr Migdalewicz niemals geistig krank war und daß die Polizeibehörden keinerlei ärztliche Untersuchung seines Zustandes angeordnet hatten! Gleichzeitig mit der Verurteilung des Herrn Migdalewicz machte der Staatsanwalt diesem „Irrsinnigen“ den Prozeß wegen — Staatsverrat!

Da Herr Migdalewicz die ihm gegenüber zur Anwendung gelangenden Methoden bereits zur Genüge kannte, floh er noch am selben Tage nach einem Dorfe der Umgegend. Wenige Minuten später unangesehene Polizei seine Wohnung, um ihn mit Gewalt der Irrenanstalt zuzuführen. Als man ihn hier nun nicht mehr vorfand, veranlaßte die Polizei ein mehrtägliches regelrechtes Kesseltreiben in der ganzen Umgegend, so daß Herr Migdalewicz von Dorf zu Dorf fliehen mußte, um seinen Häuptern zu entkommen.

Für den also Gehechten setzte sich eine aus achtzehn Bissauer Bürgern bestehende Delegation ein, die sich nach Posen zum Wojewoden Winiński begab. Als Antwort erklärte Herr Winiński, daß er die Anordnungen der Polizei nicht ändern und lediglich eine dreitägige Aussetzung im Kollatz derselben anordnen werde. Außerdem fügte Herr Winiński hinzu, daß er ein Zeugnis über die geistige Zurechnungsfähigkeit des Herrn Migdalewicz, sofern es von einem Privatarzt, ja selbst wenn es von einer staatlichen psychiatrischen Anstalt eines anderen polnischen Gebietsteils ausgestellt sein sollte, nicht als gültig ansehen werde!

Der Redakteur Migdalewicz reiste nach Warschau, um vor der Willkür Schutz zu suchen.

Um sich Gewißheit darüber zu verschaffen, ob er in der Tat so hochgradig irrsinnig sei, suchte er den bekannten Psychiater Dr. Jan Reizen, der Major des polnischen Heeres ist, auf, der nach eingehender Untersuchung seines „Patienten“ erklärte, daß er bei Herrn Migdalewicz keinerlei seelische Störungen feststellen könne.

Diese ganze Angelegenheit zieht insofern noch weitere Kreise, als dieses skandalöse Vorgehen der Bissauer Polizei vom Minister Ratajski geduldet wird, der, obwohl ihm die ganze Angelegenheit bereits seit dreizehn Tagen bekannt ist, keinerlei Schritte zu ihrer Erledigung unternommen hat. Am 5. d. Mts. richtete der Sejmabgeordnete Rutel von der Wygmolenie-Gruppe ein Schreiben an den Minister Ratajski, worin er die Verfolgungen des Redakteurs Migdalewicz schilbert und ihm auch diesen letzten Gewaltakt der Polizei zur Kenntnis bringt. Rutel fordert die Einleitung einer Untersuchung, ferner verlangt er, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Er protestiert dagegen, daß in dieser Form politische Abrechnungen mit dem Redakteur des Bissauer Blattes erfolgen.

Herr Ratajski hat jedoch, wie der „Robotnik“ mitteilt, bisher nichts in dieser Angelegenheit unternommen! Er will es mit Posen also nicht verderben.

Republik Polen.

Eine großzügige Bauaktion.

In der gestrigen Nachmittagsitzung der Haushaltskommission ging man an die Beratungen über das Gesetz von der Emission der amerikanischen Anleihe. Als Berichterstatter ergriff Abg. Bzichowski vom Nationalen Volksverband das Wort und erklärte, daß die Einzelheiten des Vertragsabschlusses über die gegenwärtige Anleihe noch nicht bekannt seien, während das vorgelegte Gesetz nur die Rechtslage dieser Transaktion regelt und die Bestätigung der Grundbesitz des Vertrages, sowie die Legalisierung der Vollmachten des Finanzministeriums zu ihrer Durchführung zum Zwecke habe. Der Abg. Bzichowski referierte dann über Einzelheiten der Bestimmungen des Gesetzes und schlug einige Verbesserungen vor. Zum Schluß bemerkte er, daß die Anleihe nicht unter sehr günstigen Bedingungen abgeschlossen worden sei, was voraussetzen gewesen wäre, da die erste Auslandsanleihe in der Atmosphäre, in der sie Polen aufgenommen habe, nicht günstig hätte sein können. Darauf ergriff der Ministerpräsident Grabski das Wort zu folgenden Ausführungen: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die amerikanischen Banken sich bemühen, gut zu verdienen, und außerdem, daß der Augenblick der Realisierung der Anleihe ungünstig war. Es entstand eine Menge von Widersprüchen und Schwierigkeiten, sowohl in finanziellen als auch politischen Kreisen, aber es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß wir von der amerikanischen Regierung, wie auch von der rein amerikanischen Öffentlichkeit keine Schwierigkeiten hatten. Wenn wir die Anleihe unter dem Schutze des Völkerbundes aufgenommen hätten, dann wären die Bedingungen günstiger. Aber der Premier sörgerte nicht einen Augenblick, da er die Möglichkeit direkten Verkehrs zu Amerika zu hoch einschätzte. Die erste Bedingung der Anleihe war unser Vertrag über die alten Schulden. Als günstige Seite der Anleihe ist noch hinzuzufügen, daß wir das Recht haben, die Schulden nach 12 Jahren auszukaufen. Das ist sehr wichtig.

Natürlich, wenn wir dann schon normale Kreditverhältnisse haben werden. In diesem Frühjahr müssen wir eine mächtige Baubewegung schaffen, vor allem, um die Massen der Arbeitslosen zu beschäftigen. Also wird die Anleihe verwendet werden für die Beseitigung von Gefahren, die aus der passiven Handelsbilanz fließen. Sie wird uns gestatten, die Aktion der Bank Polski zu erweitern und in zweiter Linie wird sie die Baubewegung im großen Maßstabe entwickeln. Wir werden einen Zeitabschnitt haben, in dem der Fonds für dringende Kreditation, für die Stärkung des mehrmonatigen Kredits verschiedener Institutionen, der kurzfristigen Kredite, vor allem auf dem Gebiete der Bekämpfung des Großhandelswunders, wird verwandt werden können. Wir werden Kredit nur den Kooperativen gewähren, die die Garantie dafür bieten, das Geld dann abzugeben, wenn es nötig sein wird, es für Bauten zu verwenden.

Eine polnische Hafenpolizei in Danzig.

Die polnische Telegraphenagentur meldet aus Danzig: Der Präsident des Senates hat für den Völkerbundsrat in der Hafenpolitik ein Gutachten herausgegeben, in dem er dem Senatrat das Recht zuerkannt hat, eine eigene Polizei zu besetzen, die dem Senatrat aus dem Wasser und im Danziger Hafen untersteht. Zugleich hat er die Freiheit ausgesprochen, die Tätigkeit dieser Polizei auf andere Teile des Hafens zu erweitern. Der Verbindungs-offizier zwischen Senatrat und Danzig soll eine Person polnischer Nationalität sein.

Ein neues Abkommen.

Die polnische Telegraphenagentur meldet aus Dimag: Die Verhandlungen über die Regelung des Eisenbahnverkehrs zwischen Polen und der Tschechoslowakei haben zu einer völligen Verständigung geführt. Ein gemeinsames Projekt für den polnischen und tschechoslowakischen Verkehr wird dem Plenum der Konferenz, das sich am Mittwoch verammelt, vorgelegt. Der Vorsitzende der vonischen Delegation, Chodowicz, kehrt heute aus Warschau nach Dimag zurück.

Danzigs Eisenbahn.

Ministerpräsident Grabski, Minister Thugutt und Außenminister Skrzyski hatten eine Konferenz über die polnische Eisenbahndirektion in Danzig. Die Angelegenheiten wird auch im politischen Komitee des Ministerrates besprochen werden.

Silbermünzen.

Ende vergangener Woche ist in Danzig auf einem englischen Dampfer ein Transport von Silbermünzen eingetroffen, die in der englischen Münzammer geprägt wurden und für Polen bestimmt sind. Der Transport setzt sich aus 150 Kisten im Werte von 2 Millionen z zusammen. Weitere Transporte sollen in der nächsten Zeit einlaufen.

Der Studentenkongress.

Am Montag fand die zweite Sitzung des Studentenkongresses in Wilna statt. Der Vorsitzende des Obersten Studentenkomitees, Jar-Bakowski, erstattete den Tätigkeitsbericht des Komitees. Die Kongreßteilnehmer hörten dann den Bericht der Revisionskommission, worauf ein Antrag auf Verweisung beider Berichte an die allgemeine Kommission angenommen wurde. Heute findet die offizielle Schließung des Kongresses statt. Die Teilnehmer wurden gestern zum Wojewodschafsbau nach dem Repräsentationspalast geladen.

Das Ergebnis der jugoslawischen Wahlen

(Eigenbericht.)

zek. Agram, 19. Februar.

Heute ist endlich das endgültige Ergebnis der Wahlen in die jugoslawische Nationalversammlung bekannt geworden. Die sonderbarste Tatsache besteht darin, daß die Regierungsmehrheit um 850 000 Stimmen weniger erhalten hat als die Opposition. Die radikale Partei (Raschitsch) und die selbständigen Demokraten (Ritschitschewitsch) erhielten bei 1 040 000 Stimmen 161 Sitze, während die Opposition mit 1 800 000 Stimmen nur über 154 Mandate verfügt. Auf 5 Millionen Serben entfallen 205 Mandate, auf 7 Millionen Nichtserben deren nur 110. Auf die einzelnen Regionen verteilt, stellt sich das Wahlergebnis folgendermaßen:

	Regierungs- parteien	Oppositions- parteien	Zusammen
Kroatien-Slawonien	22	46	68
Bosnien-Herzegowina	21	27	48
Dalmatien	6	10	16
Slowenien	2	24	26
Banat	24	10	34
Montenegro	2	5	7
Serbien	57	20	77
Mazedonien	27	12	39

Aus diesen Zahlen geht in unzweifelhafter Form hervor, daß sowohl Kroatien als auch Slowenien unbedingt eine föderalistisch-autonomistische Richtung vertreten, während Serbien zentralistisch gesinnt ist und eine nationale Verständigung auf demokratischer Grundlage ablehnt.

Der serbisch-radikale Terror hat die größten Erfolge im Banat und in Mazedonien zu verzeichnen, wo die deutsche bzw. bulgarische Mehrheit in der Minderheit geblieben ist.

Die innerpolitische Lage in Oesterreich.

(Eigenbericht.)

Wien, 19. Februar.

Die österreichische Bundesregierung hatte behufs Überwindung der Gegensätze zwischen dem Bund und der Gesamtheit der Bundesländer eine Länderkonferenz nach Wien einberufen. Die Verständigung zwischen der zentralistischen und der föderalistischen Richtung ist dadurch dringend notwendig geworden, daß das Finanzkomitee des Völkerbundes anlässlich seiner letzten Tagung der österreichischen Delegation die Durchführung der Verwaltungsreform und der finanziellen Abgabenteilung zwischen Bund und Ländern aufgetragen hatte. Die Hauptstreitpunkte betreffen die Ausdehnung der Kompetenz des Rechnungshofes auf die Finanzgebarung der Bundesländer, was mit anderen Worten die Ausdehnung der Völkerbundkontrolle auf dieselben bedeutet, ferner die Verlängerung der politischen Verwaltung und endlich eine Abänderung des Verteilungsschlüssels der Steuern. In Anbetracht der Meinungsverschiedenheiten im Schoße der Regierungskoalition waren die Aussichten der Länderkonferenz nicht besonders günstig. Schließlich hatte man sich unter den Regierungsparteien auf eine Verständigung abgeeinigt. Bei der politischen Zusammenfassung der Länderkonferenz hofft man ein Kompromiß dadurch zustande zu bringen, daß die Konzeptionen der Bundesländer an den Bund vor allem auf Kosten des einzigen von der sozialdemokratischen Opposition verwalteten, jedoch finanzpolitischen Bundeslandes Wien erfolgen sollten. Infolgedessen versagte die Regie vollständig. Gatten die Vorberedungen der christlichsozialen und großdeutschen Ländervertreter zwei volle Tage in Anspruch genommen, so dauerte die Plenarsitzung der Länderkonferenz eine knappe Stunde. Sie mußte nach einer unbedingten Abgabe seitens des Wiener Bürgermeisters Seitz jäh abgebrochen werden, da ihr nach dem Widerstand, den die Wiener Sozialdemokraten anmeldeiten, der Beratungstoff ausging. Die Länderkonferenz mußte auf unbestimmte Zeit vertagt werden, um der Regierung die nötige Zeit zu geben, die Gesetzesentwürfe auszuarbeiten, die nun die Grundlage von Parteiverhandlungen bilden werden. Unter diesen Umständen erscheint es ausgeschlossen, daß die Regierung Ramek bis zur Märztagung des Völkerbundes die legislative Erledigung der vom Finanzkomitee aufgetragenen Gesetze und Reformen erlangen kann.

halbem Wege inne zu halten, lehrten zurück und be-
stimmten.

tionen des Gastes, welcher sich einst in raschem Gaßenschnellen von einer Operettenfängerin mittleren Formats zur gebiengenden Hochdramatischen emporgelungen hat, vollauf zu würdigen. Die-
mal war es die „Martha“ in d'Alberis „Tiefstand“, welche Frau Janowksa freiziehete. Man weiß, daß der Künstlerin Rollen von
Sarmen, Salome und diese Martha, denen eine gehörige Dosis von
Sinnlichkeit ein typisches Gepräge gibt, am nächstliegenden Orte
Sowohl in der Eigenart des Spiels wie auch in der Konfektur be-
bricht sich diese Charaktereigenschaft Bahn und bildet eine bedeu-
same Anziehungskraft. Nirgends gefälscht Puppenhaftes, das
aber lebensdicke und lebensvolle Kopien, die durch die Treue der
Züge außerordentlich interessieren. Die „Martha“, zusammen-
gesetzt zu je 50 Prozent Dürmentum und Edelment, verstan-
den Frau Janowksa vorzüglich zu zeichnen. Ihre durch und durch
routinierte Darstellung fesselte ungemein und rüdte diese kompli-
zierte Gestalt menschlich näher. Die Stimme stellte sich eifrigst in
den Dienst der Leidenschaft und war an den dramatischen Höhe-
punkten, mit denen die Partie ja überläst ist, pünktlich auf Posten.
Der Sopran, welcher seine Abstammung vom „Mezzo“ nicht leide-
verbergen kann, durchseilte prompt die Schlangenlinien des
Temperaments. In den schwerwiegenden Dialogen mit Pedro und
Sebastiano kam die enkesselte Dramatik musikalisch faszinieren-
zum Durchbruch. Es war eine Leistung, wo die wertvollen Fähi-
keiten der Künstlerin gemeinsame Sache machten, und die an
diesem Grunde als besonders splendid empfunden wurde. Ge-
stagniert Pedro erwies sich unter solchen Umständen
stimmlich als zu schwach gepanzert. Für Rollen mit starker dramati-
scher Bürde reicht die Tragfähigkeit seines Tenors noch nicht an.
Es blieb ein Versuch, wenn auch teilweise ein schöner. Der
brutalen Wüstling Sebastiano skizzierte Herr Karpacki gene-
des Charakterbild schwankte nicht und büßte nichts von seinen
üblichen Seiten ein. Im Gesang machten sich Schönheit des Klän-
ges und kundige Vortragsweise wieder angenehm bemerkbar.
Reihe Herren waren leider ihrer Aufgaben hinsichtlich der
herrschaft des Textes wenig sicher. Trägt hieran etwa vorhandene
überlastung die Schuld? Das Gebrüll des Couffeurs war be-
entsprechend, namentlich während des Vorspiels, fürchterlich.

Arbeitsmarkt

Für ein nachweislich gutes Industrieunternehmen wird zur radikalen Ausnutzung,

Kompagnon

mit ca. 10000 Zl. Startkapital per sofort gesucht. Offerten unter 4068 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zum Betrieb der **Sub-Industriespritzpumpen** (automatische Hochdruckschmierpumpe) suchen wir an allen größeren Plätzen Polens geeignete Firmen als

Generalvertreter.

Solche mit vorhandenem technischen Personal bevorzugt.

General-Vertrieb der Sub-Industriespritzpumpe:

AUFI G. m. b. H., Berlin
Tiergartenstraße 34 a.

Gesucht für sofort für Hauptgut, tüchtiger, unverheirateter **landw. Beamter**, beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig. Dienstpferd vorhanden. Selbstgeschriebenen Lebenslauf u. Zeugnisse mit Ge. altansprüchen zu senden an

Dom. Brody, pow. Nowy Tomysl.

Wir suchen erstkl. **Buchhalter(in)** für landwirtschaftliche Buchführung.

„Labura“, Poznań, Waly Leszczyńskie 2.

Gesucht zum 1. März, eventl. später älterer, tüchtiger

I. Gärtner-Gehilfe

selbständig, erfahren in besseren Topfpflanzenkulturen und Anleitung des Personals. Hohes Gehalt u. freie Station.

Gärtnerei Gartmann Poznań
Górna Winda 92.

Gärtnergehilfe, nicht unter 20 Jahr alt, poln. Staatsangehörig, für Frühbeete und Gewächshäuser, zum 15. März gesucht. Gehalt ca. 48 Zl. bei freier Station.

— Selbstgechr. Lebenslauf u. Zeugnisabschr. einreichen. Nur wirkf. nachweisl. berufsfreudiger, tüchtiger Mann wird berücksichtigt.

Prinz Sollenlohe'sche Schlossgärtnerei
Koszęcin, pow. Lubliniec, Poln. Oberschl.

Verheirateter erfahrener

Deputat-Schäfer

zum 1. 8. 25 oder früher, i. Mutterherde von ca. 300 Stk. gesucht.

Dom. Łopiszewo, p. Ryczywół.

Tüchtiger Schweizer vom 1. 4. 25 geucht. Spätere Verheiratung möglich.

Dwór Rika, p. Margonin.

Kontoristin (perf. Stenotypistin), welche mehrere Jahre praktische Tätigkeit besitzt, per sofort gesucht.

Bedingung: Der polnischen und deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig. — Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen pp. erb. an

Emil Woltmann & Co.
Fabryka mebli, Rogoźno (Wlkp.)
Telephon 18 — Telephon 18.

Gesucht zum 1. März einen älteren, tüchtigen

Gehilfen, Wirtin, der selbständig ar. eint. nur meine Gemüsegärtnerei. Zeugnis mit Gehaltsanpr. an

Frau Martha Tietze, Obornik.

Für ein kleines Manuf. Sturgeschäft in Posen wird eine zuverlässige tüchtige, selbständige

Verkäuferin, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, per sofort oder ab 1. März gesucht nicht unter 25 Jahre alt, wenn möglich mit Kaufmann, aber nicht Bedingung. Eigenständig geschriebene Offerten mit Gehaltsanpr. erb. unter A. 4005 bis z. 24 d. Mts. an d. Geschäftsst. d. Bl. zu richten.

Energetischer, tüchtiger Banenmt. 25 Jahre alt, mehrjährig als Banenmt. (seit 5 Jahren in ungetragener Stellung), wo nicht v. ehenw. mit beidenden in Kammerregimen, sowie sehr guten Zeugnissen, sucht Stellung als

Inspektor unter Oberleitung. Gef. Angeb. erb. unt. E. 4076 an die Geschäftsst. d. Blattes.



Sonder-Angebot! Messing-Portièren-Garnituren

bestehend aus
1 Paar Trägern mit Haken, 1 Paar Endknöpfen und 10 Ringen
Messing, imt. 160 cm. lg., Grt. z. 5.20
Messing „ 180 „ „ „ 6.20
Rein Messing 160 „ „ „ 9.90
Rein Messing 250 „ „ „ 15.50

M. Mindykowski

ul. Żydowska 33 Poznań Telephon 1486.



Lesen
Sie ständig das
Posener Tageblatt
(Posener Warte)

welches täglich über alles Wissenswerte in Polen und Deutschland, sowie von anderen Staaten berichtet und stets das Neueste bringt.

Das Posener Tageblatt ist die am meisten gelesene deutsche Zeitung in der ehem. Proo. Posen u. darüber hinaus; daher ist es auch das wirksamste Informationsorgan. Anzeigen haben durchgreifenden Erfolg.

Eine Drehbank, 3 m, ein elektr. Motor, 8 PS., und Schmiedewerkzeuge suche zu kaufen.
G. Scherke, Poznań-Jeżyce.

Für Liebhaber!

Zwei Aquarellbilder, in Eiche gerahmt, Rahmengröße 85 x 75 cm, sofort billig abzugeben.
ul. Żydowska 19 III.

Drillmaschinen

deutsches Fabrikat
1 1/2 — 1 3/4 — 2 Meter, 1 geb. 2 1/4 x 25 R., 1 geb. Stahlgew. 6 — 8 PS.
1 Stahl-Elevator, 4-räd., Danziger Fabrikat, sehr billig, auch gegen Teilzahlung abzugeben.

G. Scherke, Maschinenfabrik, Poznań - Jeżyce.

Belannter Forst- und Jagdbeamter

sucht dauernde Stellung als Forstverwalter oder selbständiger Förster. Bin verh., 35 J alt, der poln. und deutsch. Sprache mächtig. Gute Zeugnisse u. Empfehlungen vorh. Gef. Offerten unter P. 4056 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche Stellung auf einem deutschen Gute als **Soj- und Speicherverwalter**, bin der polnischen Sprache vollkommen mächtig, auch stam in Bäckereien. Offerte unter B. 4037 erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche möglichst bald auf größerem intensiven Gute Stellung als

Bolontärverwalter

unterm Chef. Zeugnisse und Referenzen vorhanden.

Franz Roemer,
Dom. Łacko, fr. Roemershof, poczta Pałosi.

Suche für meinen Beamten 5 Jahre Praxis, evangl., der sich in anderen Betrieben vervollkommen will, zum **1. April 1925 Stellung.** Referenzen an **Jeffer, Mary Led, p. Płosnica.**

Als **Anfängerin** im Büro, Kont. Rentamt od. ähnlich, suche für m. T. hier geeign. Beschäftig. Antr. 1. 4. oder spät. Erw. Kennnt. in Stenogr. u. Masch. vorhanden. Gef. Zuschr. u. 4081 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Energetischer, tüchtiger, solider **Landwirtsch. u. Wirtschaftl. Beamter**, 4 Jahre alt, beider Landessprachen mächtig, sucht Stellung zum 1. 4. 25 als **Wirtschaftler oder Wirtschaftsinsp.** Gef. Off. unt. W. 4070 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Landwirtschaftler, evangl., 23 Jahre, sucht vom 1. April Stellung als **Stütze** oder Hausvater mit Familienanschluss, um sich im Haushalt z. vervollkommen. Gef. Antr. u. 4041 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Jünger, freibewerber **Bäckergeselle**, mit allen Arbeiten vertraut, schon mehrere Jahre als Geselle tätig, sucht Stellung von sofort. Gef. Anfragen an **Alfons Schulz, Wieleń (Pos).**

Junge, Mädchen sucht Stellung als **Stütze**, Hausvater od. zu f. in ern. Sehr gute Zeugnisse. Kann a. ein. Koch. Bad. Schneid. u. w. Familienanschluss. Bedingung. Angeb. unt. Nr. 4082 an die Geschäftsst. d. Blattes erb.

Kattowitzer Zeitung
Oberschlesisches Handelsblatt
54. Jahrgang
Das maßgebende Organ in Fragen der **Politik u. Wirtschaft**
Zuverlässige Berichterstattung
Führendes Blatt für **Handel und Industrie**
Verbreitetste u. angesehenste Tageszeitung im polnischen Industriegebiet
Erfolgreichstes Inserationsorgan
Probenummer auf Wunsch unentgeltlich

Stellenangebot

Wirtschaftsbeamter, der polnischen Sprache mächtig. Absol. der landw. Wirtsschule, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse,

Stellung als 2. Beamter

zum 1. 4. 1925 auf großem oder mit letem Gute. Gef. Ang. unt. R. 4059 an d. Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Einzelne, älteres **deutsches Mädchen** vom 1. März geucht. Gefällige Offerten unter J. 4067 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Wirtschafts-Beamter

3 Jahre alt, verheiratet (ohne Kinder) mit längerer praktischer Erfahrung in allen landwirtschaftlichen Zweigen und gute Empfehlungen. Schulbildung, beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, sucht zum 1. 4. ds. J. Stellung. Gef. Ang. unt. 4062 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Eugl. Franlein, 18 Jahre alt, mit abgeschloss. Lyzealbildung, die Handelsschule absol., sucht **Kontorstellung**. Seit in Stenogr. u. Maschinenschreiben sowie in deutsch u. etwas poln. Korrespondenz bewandert, sowie in Buchführung. Nur besseres Haus bevorzugt. Antr. n. nach W. Leben, evtl. 1. März od. 1. April ds. J. Gef. Off. unt. 4063 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Die Offerten Nr. 2313, 2384, 2433, 2446, 2468, 253, 2536, 2542, 2592, 2651, 2657, 2711, 2745, 2749, bitten wir bald abzugeben.

Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Möbelhanlung
Poznań, Jasna 14
tauf

gebrauchte Möbel

(auch von auswärts) und zahlr. höchste Preise. Bevorzugt: antike Schränke, Kommoden pp. in Mahagoni und Eiche.

Obstbäume

Fruchtbäume
Pflanz
Aprikosen
Alleeabäume
Biertränker
Schlingpflanzen
Heckenpflanzen
Blütensträucher
Rosen

Große Posten, sowie alle anderen Baumartenartikel liefert sehr preiswert und zuverlässig.
[2704]

Aug. Hoffmann

Baumgärten. Cielozno
Telephon 212

Neu! Sofort lieferbar! Zur Anschaffung empfehlen wir:

Güter, Die Befugnisse, Nebmann, Der Aufbau von Baumgärten.
Wolff, Der Gärtenmeister, o. o. Merktblatt der Gesell. schaft für Landkunde.
Rehabilitations-Merkblatt.
Gartenabfuhr-Merkblatt.
Rehabilitations-Merkblatt.
Wilderer-Merkblatt.
Das Rebhuhn und seine Jagd.
Gymn. Das Auerwild, seine Jagd.

Sägen und Schlegelregeln. Tod den Fischjägern. Voigt, Kurze Anleitung zum Betriebe der Amdiechzucht. Sage, Kurzer Leitfaden für Geflügelzucht. Wendisch, Praktische Anleitung zum Spargelbau.

Sofort lieferbar:
Courts, Mahler.
Die schöne Kalifornierin. — Die Sonne von Lahori. — Dora Linds Geheimnis. — Es gibt ein Glück im Buchene rund. — Das ist der Liebhaber. — Das Heiligtum des Herzens. — Durch Leid zum Glück. — Das stolze Schweigen.

Verkaufbuchhandlung der **Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt I. A. Poznań, ul. Św. Józefa 4.**

Wohnungen

Großes Zimmer möbliertes Zimmer Nähe des Botan. Gartens **sofort zu vermieten**

Poznań
Świętokrzyskiego 8 L

Möbl. Zimmer zu vermieten Głogowska 98. Garten. III.

Gut möbliertes Zimmer, zu vermieten. **Grunwaldzka 33 (Laden).**

Möbliertes Zimmer von sofort zu vermieten. **Poznań, ul. Dąbrowskiego 49, 8. H. III.**

Möbliertes Zimmer ab 1. März zu vermieten. **Przemysłowa 41**

2 jüng. Beamte suchen möbl. Zimmer. Gef. Offerten unter 4063 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche eine 3-4 Zimmerwohnung

mit oder ohne Möbel. Zu erfragen **Poznań, ul. Wodna 15 (Papiergeschäft).**

Ein Konflikt im rumänischen Kabinett.

Gestern kam es zwischen dem Finanzminister Bratianu, dem Bruder des Ministerpräsidenten, und dem Außenminister Duca zu einem heftigen Zusammenstoß, der zu einem schweren Konflikt innerhalb der Regierung führen kann.

Vor einiger Zeit wurde im Finanzministerium eine Kommission gebildet, die die Frage der Neuorganisation aller Ministerien zu prüfen hat. In der ersten Sitzung dieser Kommission wurde über das Außenministerium verhandelt. Finanzminister Bratianu erklärte bei dieser Gelegenheit, daß dieses Ministerium äußerst schlecht verwaltet werde, ebenso wie seine Vertretungen im Ausland einer gründlichen Reorganisation bedürften. Darauf sprang der anwesende Außenminister Duca auf und erklärte, daß er eine solche Kritik seines Ministeriums nicht zulassen könne, am allerwenigsten vom Finanzminister, dessen Fehler auf finanzpolitischem und wirtschaftspolitischem Gebiet im Ausland ständig vom Außenministerium gut gemacht werden müssen. „Ich will mit Ihnen nichts mehr zu tun haben“, schloß Außenminister Duca seine Antwort, „obwohl Sie Bratianu heißen und der Bruder des Ministerpräsidenten sind“, und verließ die Sitzung.

Gestern sollte ein Ministerrat die endgültigen Maßnahmen gegen Deutschland beschließen. Da in dieser Sitzung der Finanzminister und der Außenminister Referate über den Stand des Konfliktes mit Deutschland hätten erstatten sollen, wurde die Sitzung mit Rücksicht auf den geschilberten Vorfall vertagt. Der Vorfall hat in der Öffentlichkeit einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Die dem Finanzministerium nahestehenden Blätter üben an Duca und seiner Tätigkeit scharfe Kritik. Die dem Außenamt nahestehenden Blätter greifen den Finanzminister scharf an. Außenminister Duca verlangt, daß Vintilu Bratianu vor der Kommission seine Angriffe gegen das Außenamt zurückziehe und sich entschuldige, was Vintilu Bratianu ablehnt.

Deutsches Reich.

Ein interessanter Radioprojekt.

Berlin, 23. Februar. In den nächsten Tagen findet in Berlin beim Landgericht I eine interessante Verhandlung statt, die nicht nur wegen der teilnehmenden Projektanten von Bedeutung sein wird. Es handelt sich um die Frage, ob die Sendung von Dramen durch den Rundfunk ohne Einwilligung des Autors möglich ist. Beklagte ist die Berliner Funkstunde, wegen der bekanntlich vor kurzer Zeit erfolgten Aufführung von Hugo von Hofmannsthal „Der Tor und der Loh“. Der Dichter, der diesen Prozeß aus prinzipiellen Gründen anstrengt, ist durch Rechtsanwalt Dr. Wenzel Goldbaum vertreten, der beabsichtigt, in dieser von ihm mit Leidenschaft verfolgten Frage eine grundlegende Entscheidung herbeizuführen.

Die Krise in Preußen.

Berlin, 23. Februar. Auf die politischen Kräfte im Reich hat die Niederlage der preußischen Regierung bedrückend eingewirkt. Man ist der Meinung, daß der preußische Konflikt sich nunmehr zu einer ersten Krise für die ganze Reichspolitik herausgebildet habe und daß der gegenwärtige Zustand so schnell als möglich beendet werden muß.

Arbeitslos.

Breslau, 23. Februar. Die „Ost. Morgenpost“ in Preußen meldet: Jüngere Abwismangel sind fast alle Grubenverwaltungen in Oberschlesien gezwungen, nicht nur Feiertagsarbeiten einzustellen, sondern auch wieder einen Abbau an Arbeitskräften vorzunehmen. Von dem Abbau sind zum Teil auch Väter angestellte betroffen.

Immer weiter.

Basel, 23. Februar. Der „Bas. Anz.“ meldet aus Paris: In den Pariser Sonntagsblättern, auch in den gemäßigten radikalen der Heterodoxen, wird übereinstimmend verlangt, daß Frankreich die hohle Zone wieder besetzen soll, sofern England gegen den Willen Frankreichs die Zone räumen würde.

Zentrumsparlei.

Hamn, 24. Februar (9 Uhr). Der Provinzialausschuß der westfälischen Zentrumsparlei nahm eine Entschließung an, in der er die Haltung der Zentrumsparlei des Reichstages billigt und der Zentrumsparlei des preußischen Landtages das Vertrauen ausspricht. In einer zweiten Entschließung spricht er die Erwartung aus, daß der Abgeordnete Lange-Begermann sein Mandat sofort niederlegt. Der Ausschuß spricht zum Schluß die feste Überzeugung aus, daß der Vorstand der Zentrumsparlei ohne jede Rücksichtnahme den Ausschluß von Männern aus den Reihen der Partei vollzieht, denen irgendwelche Vergehen nachgewiesen sind, die mit den Grundsätzen der Zentrumsparlei nicht zu vereinbaren sind.

Ohrfeigen.

Dortmund, 24. Februar (9 Uhr). In der heutigen Stadterordnetenversammlung kam es zwischen dem Hauptvorsitzer der Kommunisten und einem Zentrumsabgeordneten zu einem erregten Wortwechsel, in dessen Verlauf der Kommunist von dem Zentrumsabgeordneten einen heftigen Schlag ins Gesicht erhielt, der das Auge verletzete.

Der deutsche Reichspräsident erkrankt.

Berlin, 24. Februar. Reichspräsident Ebert ist an einer Blinddarmentzündung erkrankt und mußte sich heute nacht einer Operation unterziehen, die gut verlaufen ist. Sie wurde ausgeführt von Professor Bier. Die verfassungsmäßige Vertretung des Herrn Reichspräsidenten ist dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen.

Das „Recht“ auf Sanktionen.

Die Tapferkeit.

Karlsruhe, 23. Februar. (Privattelegr.) Die „Straß. N. Ztg.“ meldet aus Paris: Der rumänische Minister Bratianu ist Montag nach Belgrad zurückgekehrt. Die Einladung der deutschen Regierung, über Belgrad zu fahren, hatte Bratianu abgelehnt. Bratianu sagte zu dem „Temps“-Vertreter: Wir wissen, daß Deutschland nach gibt und nachgeben muß, denn der Versailler Vertrag gibt uns das Recht zu den schärfsten Zwangsmitteln. (11) Hier erweist sich der Herr Webers aus den „Dreizehn Linden“ als besonders passend: Fährte sich rot die Spur des Harns, Wächter der Mut auch folgen Hundes...

Ein Verfahren gegen die Ankläger des Mordfalls auf Dr. Kraft.

Belgrad, 23. Februar. Aus Sambar wird gemeldet: Die hiesige Staatsanwaltschaft hat gestern die Untersuchung in der Angelegenheit des Mordfalls auf den deutschen Abgeordneten Kraft abgeschlossen und die Verhaftung des 2. Gemeindevorstehers von Komjatsch Radjitsch, ferner des Kriegsfreiwilligen Lesko, sowie des Steuerkontrollors Ramlow angeordnet. Sie wurden in Haft genommen. Bis heute sind insgesamt 17 Personen vernommen worden, welche die Verhafteten schwer belasten. Die Familien der Verhafteten boten hohe Rationen an, um ihre Freilassung zu erwirken. Die Staatsanwaltschaft hat diese Angebote jedoch zurückgewiesen. Nach Zeugenaussagen sind noch drei Polizisten schwer belastet und dürfen ebenfalls in Haft genommen werden.

Genfer Protokoll oder Sicherheitspakt.

Zu diesen, die ganze europäische Politik und auch Polen stark bewegenden Fragen schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ unter anderem: „Tatsächlich steht in der Presse dies- und jenseits des Kanals die Diskussion über einen osteuropäischen Sicherheitspakt, der wenigstens für Frankreich die Garantien des Genfer Protokolls ersetzen soll, wieder stark im Vordergrund. Der „Matin“ machte kürzlich sensationelle Mitteilungen über offizielle Verhandlungen, welche zwischen England und Frankreich in bezug auf ein solches regionales Garantieabkommen stattgefunden haben. Chamberlain erklärte zwar im Unterhaus, er habe keine offiziellen Verhandlungen mit irgendeinem Staate gepflogen; die französische Presse machte dazu nur die Bemerkung, die offizielle Fühlungnahme sei damit nicht demontiert. Der „Matin“ behauptete nun, daß zwischen Herriot und Chamberlain Verhandlungen im Gange sind, um zwischen dem Protokoll von Genf und den Separatallianzen einen Mittelweg zu finden. Das Ziel besteht darin, die Garantien vorläufig auf die Westgrenzen und die Südgrenze Deutschlands (und Österreichs), d. h. auf die Sicherheit Westeuropas zu beschränken. Bevor aber in einem solchen Pakte Frankreich, England, Belgien, Italien und später vielleicht auch Holland gruppiert werden könnten, sollen sich Frankreich und England untereinander verständigen. Als Prinzip sei bereits von beiden Seiten angenommen, daß eine englisch-französische Defensivallianz jeder Vereinbarung mit Deutschland vorausgehen müsse. Allerdings werde auch das Prinzip des Eintritts Deutschlands in einen derartigen Pakt erwogen; aber bei den Vorverhandlungen könne Deutschland sich nicht beteiligen. Erst wenn die genannten Mächte sich über einen Defensivvertrag geeinigt hätten, der sich von der Nordsee bis zum Mittelmeer erstreckte, könnte Deutschland seine Zustimmung geben. Der Vertrag würde vom Völkerbund registriert und dieser würde das Mittel suchen, um ihn auch auf die östlichen Teile von Europa auszuweiten. Frankreich werde sich bemühen, seine Alliierten in Zentral- und Osteuropa heranzuziehen, und man habe die Hoffnung, daß England sich schließlich auch nicht mehr gegen eine derartige Erweiterung stemmen werde, obgleich es heute offenbar nur zu einer Garantie für den Rhein und die Alpen bereit sei. Von den Dominions, meint der „Matin“, würde man in diesem ersten Stadium keine Verpflichtungen verlangen, man würde nur erwarten, daß sie keine Opposition machen und daß sie lokal jene Lösungen prüfen würden, welche in Zukunft für die Teile der Welt gefunden werden dürften, welche für sie von Interesse seien.“

Wie man auch immer die Sache drehen mag, aus all diesen Bemerkungen um einen Sicherheitspakt geht hervor, daß man bei dem Wiederaufbau Europas um Deutschland nicht herum kann.

Ein Notsschrei an den Völkerbund gegen die Segnungen der französischen Kultur.

Eine Beschwerdechrift der Saardeutschen.

Saarbrücken, 23. Februar. Die Landesratsfraktionen des Saargebietes, Zentrum und Deutsch-Saarländische Volkspartei, haben eine Denkschrift an den Völkerbund gerichtet, in der sie auf die unhaltbare wirtschaftliche Lage des Saargebietes hinweisen, die nach der Zollabstimmung des Saargebietes eingetreten ist. Seit dieser Abstimmung haben die saarländischen Fabriken bereits 90 bis 95 Prozent ihres Absatzes, einige noch mehr, verloren. Ein Versuch der Wirtschaftskreise des Saargebietes im Benehmen mit der Regierungskommission und dem französischen Handelsminister, die deutsch-französischen Zollverhandlungen entsprechend den Lebensinteressen des Saargebietes zu beeinflussen, ist gescheitert. Die passive Haltung des Präsidenten der Regierungskommission, Mauts, sei unverständlich. Die Denkschrift wendet sich dann an den Rat des Völkerbundes mit der Bitte, zur Abwendung der tatsächlichen vorliegenden Wirtschaftskatastrophe die Saarregierung zu veranlassen, der zollfreien Einfuhr deutscher Erzeugnisse zum örtlichen Gebrauch und Verbrauch keine Schwierigkeiten zu machen, und mit Deutschland in Verhandlungen darüber einzutreten, daß Deutschland auch die Waren des Saargebietes zollfrei zuläßt. Die trübten Erfahrungen, die die deutsche Saargebietbevölkerung mit dem Präsidenten Mauts gemacht hat, geben Veranlassung, erneut zu bitten, daß bei der bevorstehenden Neuernennung der Mitglieder der Regierungskommission dafür gesorgt wird, daß das französische Mitglied der Regierungskommission keine größeren Machtbefugnisse erhält als irgendeines der übrigen Mitglieder, daß die Präsidentenfraktion, und die bisher dem französischen Mitglied unterstellten Verwaltungszweige einem anderen Mitglied übertragen werden, und daß endlich die gewählten Vertreter der Saargebietbevölkerung in den Sitzungen des Rates des Völkerbundes offiziell gehört werden.

Aus anderen Ländern.

Der neue Botschafter für England.

Washington, 24. Februar. (8 Uhr.) Präsident Coolidge machte gestern dem Senat amtlich die Mitteilung von der Ernennung Houghtons zum amerikanischen Botschafter in London.

Italiens Vertreter.

Rom, 24. Februar. (8 Uhr.) Die italienische Regierung hat zu ihrem Vertreter im Völkerbundrat an Stelle Salandras den früheren Außenminister und Universitätsprofessor in Rom Senator Vittorio Scialoja ernannt.

Unwahrscheinlich.

London, 24. Februar. (9 Uhr.) Unterhaus. In Erwiderung auf eine Anfrage teilte ein Regierungsvertreter mit, die Wahrscheinlichkeit sei nicht groß, daß der britische Markt infolge der seit dem 10. Januar 1926 deutscherseits erfolgten Ausrückung von Zöllen auf elfstochringliche Metallwaren und Textilwaren mit solchen Waren zu billigen Preisen überschwemmt werden würde.

Vom Krankentum des englischen Königs.

London, 24. Februar, 9.30 Uhr. Nach einer Neutermelung macht die Botschaft in London des Königs befriedigende, wenn auch langsame Fortschritte. Wenn der König wieder völlig hergestellt ist, wird er sich in Portsmouth auf die königliche Yacht begeben, um eine Fahrt in das Mitteländische Meer zu unternehmen.

Gegen die Auflösung.

Berlin, 24. Februar. (Morgenblätter.) Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Prag kam auf der geistigen Auflösung der Vereinigung der tschechischen Studentenschaft die Auflösung der deutschen technischen Hochschule in Brünn bzw. ihre Zusammenlegung mit der deutschen technischen Hochschule in Prag zur Sprache. Mehrere Redner, darunter auch der Rektor der Brünnener technischen Hochschule, sprachen sich entschieden gegen diese Absicht der Regierung aus.

Wahl in Lyon.

Karlsruhe, 23. Februar. (Privattelegr.) Die „Straß. N. Ztg.“ meldet aus Lyon: Bei den Ergänzungswahlen zum Gemeinderat in Lyon unterlagen die drei Kandidaten der Radikalen Partei. Den Sieger errangen 3 Kandidaten der nationalen Parteien. Von Bedeutung ist die Verdoppelung der kommunistischen Stimmen seit der letzten Hauptwahl.

Abl. hnung.

Rotterdam, 23. Februar. Die Agentur Reuters gibt Montag früh folgende Mitteilung bekannt: Trotz den verschiedenen in Umlauf befindlichen Gerüchten über das Genfer Protokoll bleibt die Lage in Erwartung der Antwort der Dominions unverändert. Auf alle Fälle scheinen Umrüstungen im Protokoll unbedingt notwendig. Die „Times“ melden: Alle eingelaufenen Telegramme aus den Haupt-

städten der Dominions bejahen die Ablehnung des Genfer Protokolls.

Geheime Gründe.

Genf, 23. Februar. (Privattelegr.) Der „Matin“ schreibt zum Beschluß der interalliierten Militärkontrollkommission: Es ist nicht möglich, dieses wichtige Dokument, das geheim gehalten wird, zu analysieren. Heute kann nur gesagt werden, daß die Kontrolle fortgesetzt wird, und daß die Besetzung Adins ohne Abschwächung fortgesetzt wird.

Also doch?

Budapest, 23. Februar. Das „Budapester Tagebl.“ meldet vom Sonntag aus Belgrad, daß am Sonntag und Sonntag wieder 18 deutschen Familien als Flüchtlinge aus Rumänien in Belgrad eingetroffen seien.

In kurzen Worten.

In Berlin sind große Schneemengen niedergegangen, die zum Teil ernste Verkehrsstörungen hervorgerufen haben. Mehrere Automobilunfälle sind passiert, da die Fahrer über die Wagen nicht Herr werden konnten, weil große Glätte eingetreten war. Fastnacht wird im Schnee gefeiert. Es ist anzunehmen, daß die Schneefälle noch weiter anbauen werden, da der Luftdruck noch im weiteren Sinken begriffen ist.

Der englische König ist noch weiter krank. Die Ärzte meinten gestern längere Zeit beim König. Die Influenza, die ziemlich schwer war, wird den König noch längere Zeit ans Bett fesseln.

In Magdeburg fanden große Feiern des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Der Festakt im Stadttheater wurde von Oberbürgermeister Weiss-Magdeburg eröffnet. Die weiteren Redner waren Dr. Wirth, Reichstagspräsident Loebe, Dr. Haas, Hörsing, Minister a. D. Deutsch-Wien. Der Vertreter Österreichs sprach den Wunsch aus, daß der Tag einst kommen möge, wo das deutsche Volk von der Nordsee bis zu den Karawanken, vom Rhein bis zum Neufiedler See zu einem Volk vereinigt werde.

Am Sonntag fanden in Thüringen die Gemeinde- wahlen statt. Die Wahlbeteiligung soll verhältnismäßig gering gewesen sein. Die Sozialisten erhielten 10 Mandate, die Kommunisten, die Demokraten 5, Bürgerlicher Wahlschuß 14 Sitze. In der Zusammensetzung des Stadtrates wird sich nichts ändern.

Der Gesundheitszustand Hjalmar Brantings, der seit einigen Tagen schwer krank ist, hat sich erheblich verschlimmert.

Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“, Theodor Werkes, der in Jugoslawien Berichterstatter des großen Berliner Blattes war, ist von den dortigen Behörden ausgewiesen worden. Er befindet sich jetzt in Budapest und sendet seinem Blatt einen ausführlichen Bericht über die Zustände in Süd-Slawien. Die Ausweisung des bekannten Korrespondenten hat in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt, und die südslawische Presse notiert diese Tatsache sehr als recht peinlich. In Süd-Slawien besteht scheinbar bei den Behörden die Ansicht, daß die Korrespondenten ausländischer Blätter nicht die Wahrheit schreiben dürfen. Weil dieser Berichterstatter sich Mühe gab, wahrheitsgetreu zu berichten, wurde er ausgewiesen. Eine Tatsache, die man nicht so bald vergessen dürfte.

Vor einiger Zeit kam eine Angländerin aus Palästina nach Wien, wo sie an Lepra erkrankte. Die mit dieser gefährlichen ansteckenden Krankheit, die bekanntlich sechs bis zehn Jahre nach der Infektion zum Ausbruch kommt, befallene Person wurde im Infektionshospital isoliert. Die Behandlung hat Professor Oppenheim übernommen.

In den nächsten Tagen werden im Vatikan die Verhandlungen zum Abschluß eines Konföderates mit Jugoslawien wieder aufgenommen.

Letzte Meldungen.

Litauen und Deutschland.

Kowno, 24. Februar (11 Uhr). Das litauische Ministerkabinett hat die Durchführung des Artikels 371 des Versailler Vertrages der deutsch-litauischen Konvention über den Übergang des Eisenbahnmateriells an Litauen genehmigt.

Herriot und Chamberlain.

Paris, 24. Februar. Bezüglich der vorgesehene Begegnung zwischen dem Ministerpräsidenten Herriot und dem englischen Staatssekretär Chamberlain gelegentlich seiner Durchreise durch Paris berichtet Havas, daß ein Termin noch nicht festgelegt sei.

Kohlenpreise.

Saarbrücken, 24. Februar (10 Uhr). Die französische Bergwerksdirektion hat unter Bezugnahme auf die Zohnaufhebung der Saar-Bergleute eine Erhöhung der Kohlenpreise vorgenommen, die sich für die Nachbarbezirke der Gruben auf 5 Francs und für den Pariser Bezirk auf 3 Francs für die Tonne beläuft.

Banditenunwesen.

Sofia, 24. Februar (11 Uhr). (Meldung der Bulg. Tel.-Ag.) Die Zeitungen veröffentlichten Aussagen des kommunistischen Sendlings Petroff, eines Mitgliedes der Räuberbande Jantschew und Gruboff, die im vergangenen Monat in der Umgebung von Burgas mordete und plünderte. Petroff, der mit einer geheimen Mission in Bulgarien betraut war, fiel beim Überqueren der Grenze in die Hände der Polizei. Die Geständnisse, die er ablegte, beweisen, daß ungefähr 20 Mitglieder der Bande Jantschew, die sich den griechischen Behörden ergeben hatten, nach Jugoslawien flüchteten und sich dort den agrar-kommunistischen Auswanderern unter der Führung Gruboff und Jantschew zur Verfügung stellten. Diese Banditen werden in Jugoslawien als politische Flüchtlinge betrachtet. Sie sollen einen neuen Eindruck in das bulgarische Gebiet vorbereiten. Der der Kammer vorgelegte Gekerkentwurf sieht eine Verschärfung der Strafmaßnahmen gegen umstürzlerische Umtriebe vor.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Strach; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeier; für Handel, Wirtschaft, den unpolitischen Teil und die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Robert Strach; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Verlag: „Posener Tageblatt“, geigenteil: M. Grundmann Concordia Sp. Ake., sämtlich in Poznań.

Alle Damen des high life und Gentlemen haben beschlossen, von jetzt ab nur

CRÈME DERBY

zu benutzen.

M. Cegielski, Poznań, ul. 27. Gładnia 12.

Drozdowski & Mindykowski In- u. ausländische Teppiche

Stary Rynek 56
Poznań

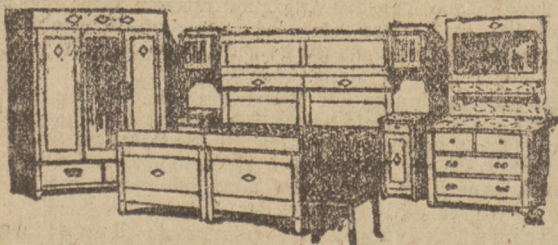
Läuferstoffe
Teppichrollenware
Bettvorleger — Felle

Gardinen-Tüllbottdecken
Tisch- u. Divandecken
Dekorationsstoffe

Möbelstoffe
Moketts- u. Seldenstoffe
Madrasstoffe.

Haushaltungsschule Janówiec, Kreis Żnin.

Beginn des Sommerkurses Anfang April.
Gründliche Ausbildung im Kochen, Backen, Einmachen,
Schneidern, Weißnähen, Sticken, Wäschebehandlung,
Glanzplätten, Hausarbeit. Anmeldungen, unter Vor-
führung eines Freiführers, nimmt die Leiterin Frau
Czajka entgegen.



billig Möbel vorteilhaft

zu bequemen Abzahlungsbedingungen verkaufen

St. Sepiński i Zwierzyński, Poznań

Möbel-Magazin, Wallischei 76 (neben der Apotheke).

Eigene Tapezierwerkstatt nimmt alle
gepolsterten Möbel zur Reparatur an.

Höchst seltenes Angebot:

Wir bieten in tadellosem Zustande, fast neu,
folgende wissenschaftliche illustr. Werke an-
tiquarisch gutgebunden an:

v. Schweiger-Lerchenfeld, Der Orient.
Salzmann, Im Sattel durch Zentralasien, geb.
de Amicis, Marokko,
v. Dalberg, Palästina,
Cook, Die erste Südpolarnacht,
Dr. Lieven, Hurra-Bansai,
Lander, Auf verbotenen Wegen, Reiseabent-
ener in Tibet,
Hamann, Die Reise ins Pharaonenland.

Versandbuchhandlung

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.

Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 (Tiergartenstr.).

Suche zur Saat zu kaufen Imperial-Berste.

Offerten mit Preis erb. unter G. D. R. 4033 Gef. d. Bl.

starke Arbeitssielgeschirre

prima Kessel empfiehlt billig
Richard Kerbe, Fabryka Skór, Zabzdyn.

Anzeigen- Annahme:

Kleinere Anzeigen bis 11 Uhr
vormittags, größere und solche,
bei denen Korrektur gewünscht
wird, Tags vorher erbeten.

Sonnenblumenkuchenmehl

Baumwollsaatmehl

stellen sich im Verhältniss viel billiger als Kleie.

Fischfuttermehl

offerieren jede Menge

Darius & Werner, Poznań, plac Wolności 18.

Telephon 34-05 u. 40-85.

Tel.-Adr.: „Kartofle“.

Schnellste Beschaffung

Bücher, Zeitschriften und Musikalien

durch die

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Abteilg.: Versandbuchhandlung, Poznań.

Bestellungen
werden jederzeit angenommen
und prompt ausgeführt.
Reichhaltiges Lager
antiquarischer Werke
aus verschiedenen Literaturen.

Suche sofort

Gasthaus mit Colonialwaren

zu pachten, eventuell zu kaufen. Ort und Gegend gleichgültig.
Offerten unter M. 4060 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für Ziegeleibetriebe zu verkaufen:

5 Stück Doppelweichen, 2 Stück Ripploren,
1 Stachelore,
2 Stück Zentrifugalpumpen 3 u. 1 1/2 Zoll und
2 Stück Sandpumpen nebst 40 m Pumpenrohr,
alles gebraucht, aber noch gut erhalten.

Wiesner-Bnin, powiat Śrem.

Primula obovata,

vollständige Verkaufspflanzen, einige 1000 Stück, an
Blumengeschäfte abzugeben.

Albert Poinke, Bojanowo, pow. Rawicz.

Neue Arbeits- u. Küchgeschirre

in allen Preislagen verkauft

Ww. Razer, Sattlerei, Poznań
ul. Szewska 11.

Ca. 1000 m Feldbahn

Weichen, Drehscheiben, 14 Ripp- u. 6 Stageswagen
(auf Stahlwellen, 500 mm Spur),
alles neu montiert, sofort gebrauchsfähig

zum Verkauf
R. Langner, Piaski, p. Gostyn.

Makulatur

weiße starke Bogen
mit Druck, Formate 46 x 59
hat abzugeben

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Zwierzyniecka 6.

Alte Kinderwagen u. Berbede

werden neu bezogen und repariert

ul. Szewska 11 „Siodlarnia“.

Saat-

Kartoffeln:

v. Stieglers Wohltmann 84
Karl v. Kameke
v. Kamekes „Parnassia“
v. Kamekes „Arnika“
v. Kamekes „Pepo“
v. Kamekes „Deodara“
v. Kamekes „Gratiola“
v. Kamekes „Hindenburg“
v. Kamekes „Pirola“
v. Kamekes „Centifolia“
v. Kamekes „Laurus“
Cimbals Wohltmann
Odenwälder Blau
Müllers Frühe
Werder
Bücher
Klein Spiegler Wohltmann
Klein Spiegler Silesia
Mottows Industrie
Cimbals „Aima“
Richters Jabel
Paulsens Juli
hat abzugeben

Posener Saat- baugesellschaft

Poznań

Wjazdowa 3 Tel. 5628.

Ausführliche Preislisten
umsonst und portofrei

Damen-, Kindergar-
robe sowie Wäsche werden
in und außer dem Hause an-
genommen; geht auch nach
außen; G. Sombrowski
Górna-Wilda 36 III Tr. I.

Spielplan des Großen Theaters.

Dienstag, den 24. 2. „Die lustigen Weiber von
Winzer.“
Mittwoch, den 25. 2. „Legenda Bałtyku“.
Donnerstag, den 26. 2. „Orpheus in der Unterwelt“.
Freitag, den 27. 2. „Goplana“.
Sonntag, den 28. 2. „Die lustigen Weiber von
Winzer.“
Sonntag, den 1. 3. nachm. 3 Uhr „Boccaccio“.
Sonntag, den 1. 3. abends 7 1/2 Uhr „Mignon“.
Montag, den 2. 3. „Goplana“.

Teatr Palacowy

plac Wolności 6.

„Das Rad der Qual“ das geniale Werk Abel
Gance's. In der Haupt-
rolle Severin Mars. Dieser Film wurde
während einer von der französischen Halbmonats-
zeitschrift „Cinema“ veranstalteten Enquete
an den ersten Platz gestellt, indem er die meisten
Stimmen des Publikums erzielte.

Infolge des abendlichen Andranges
findet der Vorverkauf der Eintritts-
karten von 12—1/2 Uhr statt.

Evangelisches Vereinshaus Posen

Wohltätigkeitskonzert z. Besten der Altershilfe

Sonntag, den 28. Februar 1925,
8 Uhr abends

Lieder- und Balladen - Abend.

Mitwirkende: Herr Böhmert-Posen,
Frau Gertrud Fischer-Pogasen.

Werke von Schubert, Schumann, G. Wolf,
Mozart, Brahms und Beethoven.

Karten zu 6, 3 und 1 Zloty, sowie Programme
und Lieder sind in der Ev. Vereinsbuchhandlung
und an der Abendkasse zu haben.

Restaurant „Strzecha“ Budowniczych (Bauhütte)

Poznań, Sew. Mielżyńskiego 23

empfehle meinen bürgerlichen Mittagstisch

Reichhaltige Abendkarte.

Spezialgerichte:

Montag: Schinken in Burgunder

Dienstag: Pökelkamm m. Erbsen u. Sauerkohl

Mittwoch: Rindfleisch mit

Donnerstag: Pökelrinderbrust m. Meerrettig

Freitag: Fricassée v. Huhn

Sonntag: Flak.

2000 bis 3000 Zloty

auf mein erkl. Geschäftsgrundstück zur 1. Stelle gesucht.

Ang. unter A. 4052 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ehrlicher, erfahre. Landwirt, gebildet, möchte in Landwirtschaft

einheiraten.

Gutsbesitzerinnen bitte vertrauensvoll Offerten unter J. A.

3033 an die Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.



Bestbewährte

Kartoffelpflanzloch-

Maschinen Sarrazin,

Hackmaschinen

für Rüben
u. Getreide,
Syst. Dehne,

und sämtliche

Maschinen und Geräte

für die Frühjahrssaison,

liefern sofort

Nitsche i S-ka. Poznań

Kantaka 10. — Tel. 14-78.

WARSAWA:

Złota 30, Tel. 79-49. Telegr.-Adr.: „Nitscheska“

Gebrauchte aber
gut erhaltene Alub-Garnitur und
Herren-Zimmer zu kaufen gesucht. Preis gegen Kasse. Gef. Angeb.
unter 4072 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.